STADT BAD HERSFELD

Bebauungsplan Nr. 3.4 "Kalkobes - Am Berg"

Öffentliche Auslegung (§4(1)BauGB) und Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§4(2)BauGB) mit Frist bis zum 17.03.2020

Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden abzuwägende Stellungnahmen abgegeben:

1. Einwander 1 (01.03.2020)

"Wir sind der Meinung, dass die vorhandene Topographie nicht angemessen berücksichtigt wird. Gerade im westlichen Bereich auf Höhe der Grundstücke Homberger Straße 135 und 137 (Flur 32, 135/3, 135/4,135/5) ist eine Bebauungsgrenze von 3 m zu unseren Grundstücken geplant. An dieser Stelle befindet sich jedoch eine erhebliche Böschung. Die Bebauungsgrenze liegt dadurch direkt auf der Böschungskante bzw. teilweise sogar darunter Da das Gelände einen Höhenversprung von 1,5 —4 m aufweist, ergibt sich wegen der starken Hanglage des Geländes bei der geplanten Bebauung von Süden die Ansicht eines Hochhauses. Wir bitten die Baugrenze entsprechend anzupassen und mind. 3 m Abstand zur Böschungskante einzuhalten. Des Weiteren verweisen wir nochmals auf unser Schreiben vom 15.März 1998 an den Magistrat der Stadt Bad Hersfeld und den damals in der Stadtverordnetenversammlung (Drucksache 100/1 5) behandelten Sachverhalt. In dem zu bebauenden Hang befinden sich wasserführende Schichten und es sind in der Vergangenheit erhebliche Hangverschiebungen eingetreten. Eine eindrucksvolle Bilddokumentation fügen wir als Anlage bei. Die Stabilität des Hanges sollte unbedingt durch ein Bodengutachten sichergestellt werden."

Beschluss:

Die Baugrenze wurde aus städtebaulichen Gründen gezogen und wird im angesprochenen Bereich auf 6m Abstand von der Grundstücksgrenze zurückgenommen. Die Notwendigkeit einer Baugrunduntersuchung wird in die Hinweise übernommen.

2. Einwander 2 (06.03.2020)

"Mit Schreiben vom 8.2.2020 hatte ich darum gebeten, mein Grundstück Flur 30, Flurstück 43/2 in das o.a. Verfahren mit einzubeziehen. Bis heute habe ich noch keine Stellungnahme hierzu erhalten. Der Eingang meines Schreibens wurde bisher auch noch nicht bestätigt. Ich möchte daher höflich in der Angelegenheit erinnern."

Beschluss:

Die vorgeschlagene Parzellierung beinhaltet einen möglichen Verbindungsweg zwischen dem angesprochenen Grundstück und dem Wendehammer. Ein entsprechendes Wegegrundstück müsste von Interessenten erworben werden.

3. Einwander 3 (25.02.2020)

"1. Der B-Plan Nr. 3.4 ist als Fortführung des bestehenden Baugebietes B-Plan Nr. 3.2 zu verstehen. Gegen diese Fortführung sind grundsätzlich keine Einwände zu erheben. Es ist jedoch unverständlich, dass in der Fortsetzung der nördlichen Baureihe eine 2-geschossige Bauweise (Waii) zugelassen werden soll. Ebenso weichen die straßenseitige und die nördliche Baugrenze dieser Grundstücke erheblich von denen des B-Planes 3.2 ab. Im B-Plan 3.2 beträgt der Abstand der Baugrenze zur nördlichen Grundstücksgrenze rd.6,50m, im B-Plan 3.4 ist dieser Abstand nur mit 3,0m bemaßt. Ebenso verhält es sich mit der Baugrenze zur Straße, im B-Plan 3.2 sind 5,0m Abstand vorgegeben, im B-Plan 3.4 nur noch 3,0m. Da es sich bei diesem Baugebiet um eine Abrundung der Baugrenzen handelt, sind diese Festsetzungen völlig unverständlich. Wir bitten die Baugrenzen insbesondere im nördlichen Bereich an die bestehenden Baugrenzen anzupassen und die Anzahl der Geschosse auf Wai zu begrenzen. Die in Nr.3.1 der 8-Plan Begründung angeführte Einbindung des Baugebietes wird durch die vorliegenden Festsetzungen in keiner Weise erzielt.

2. Die in 3.4 der Begründung beschriebene Verhinderung von übermäßigem Quell- und Zielverkehr durch das Baugebiet trifft nicht zu. Nach Stellplatzsatzung ergibt sich ein

zusätzlicher Verkehr von rd. 52 Fahrzeugen durch dieses Baugebiet - (13 Grundstücke mit je 2 WE und 2 Stellplätze je WE). Einer derartigen, zusätzlichen Verkehrsbelastung ist insbesondere die Zufahrt über das „alte Dorfgebiet“, die Straße „Am Berg“ nicht gewachsen. In diesem Bereich ist durch einseitiges Anwohnerparken die Verkehrssituation bereits jetzt grenzwertig. Zusätzlich wird durch den Bring- und Holverkehr der Kinderkrippe Am Berg diese Situation noch verschärft.

3. Der vorliegende B-Plan berücksichtigt in keiner Weise die vorhandene Topographie. Insbesondere im westlichen Bereich ist die vorhandene Hanglage nicht berücksichtigt. Die südwestlichen Grundstücke sind mit einer Baugrenze zu den Grundstücken der Hornberger Strasse von 3,0m geplant. An dieser Stelle befindet sich jedoch auf der Planfläche bereits eine erhebliche Böschung, so dass diese Baugrenze bereits die Böschungskante darstellt bzw. teilweise in der Böschung liegt."

Beschluss:

1. Durch die angestrebte Erstellung recht schmaler Grundstücke ist die Aufweitung der Baufelder in der Tiefe gerechtfertigt und durch die Festsetzung großzügiger Eingrünung wird das Baugebiet nach Norden hin eingebunden.

2. Die Begrenzung der Wohnungsanzahl dient gegenüber der Zulässigkeit von Mehrfamilienhäusern der Verkehrsminderung. Die Stellplatzsatzung soll den öffentlichen Straßenraum entlasten und die Anzahl zu schaffender Stellplätze ist nicht mit erzeugten Verkehrszahlen gleichzusetzen. Durch das seit Langem im Anschluss an die Straße "Am Berg" geplante Baugebiet entstehende Verkehre entsprechen normalem Aufkommen und sind durch die bestehenden Erschließungsstraßen aufzunehmen.

3. Die Baugrenze wurde aus städtebaulichen Gründen gezogen und wird im angesprochenen Bereich auf 6m Abstand von der Grundstücksgrenze zurückgenommen.

4. Einwander 4 (16.03.2020)

"Nach Stellplatzsatzung ergibt sich ein zusätzlicher Verkehr von ca. 60 Fahrzeugen durch dieses Baugebiet – (13 Grundstücke mit je 2 WE und Stellplätze je WE). Einer derartigen, zusätzlichen Verkehrsbelastung ist insbesondere die Zufahrt über das „alte Dorfgebiet“, die Straße „Am Berg“ nicht gewachsen. In diesem Bereich ist durch einseitiges Anwohnerparken die Verkehrssituation bereits jetzt grenzwertig. Zusätzlich wird durch den Bring- und Holverkehr der Kinderkrippe Am Berg diese Situation noch verschärft. Aus diesem Grund ist die Straße " Am Berg " jetzt schon überlastet. Und aus diesem Grund darf kein weiteres Baugebiet entstehen!!! Hiermit widerspreche ich dem Bebauungsplan Nr. 3.4 "Kalkobes- Am Berg."

Beschluss:

Die Begrenzung der Wohnungsanzahl dient gegenüber der Zulässigkeit von Mehrfamilienhäusern der Verkehrsminderung. Die Stellplatzsatzung soll den öffentlichen Straßenraum entlasten und die Anzahl zu schaffender Stellplätze ist nicht mit erzeugten Verkehrszahlen gleichzusetzen. Durch das seit Langem im Anschluss an die Straße "Am Berg" geplante Baugebiet entstehende Verkehre entsprechen normalem Aufkommen und sind durch die bestehenden Erschließungsstraßen aufzunehmen.

5. Einwander 5 (17.03.2020)

"1. Zwischen den beiden Grundstücken im hinteren Wendehammer ist laut Planung ein Weg eingezeichnet. Da dieser direkt zu meinen Grundstück führt, bitte ich zu prüfen, ob der Weg so befestigt bzw. asphaltiert werden kann, damit man ihn mit einem Kfz befahren kann.

2. Bei der Bebauung des unter dem Wendhammer gelegenen Grundstücks bitte ich zu berücksichtigen, dass die Bebauung weiter als die geplanten 3 Meter von der unteren Grundstücksgrenze beginnt. Da der Hang bereits vor ca. 15 Jahren schon einmal auf einer Länge von rund 15 Metern abgerutscht ist, bestehen dahingehend erhebliche Bedenken.

3. Generell bitten wir vor Beginn der Erschließung zu prüfen, ob aufgrund der Geländebeschaffenheit überhaupt eine Bebauung ohne Beeinträchtigung der anliegenden Grundstücke durchgeführt werden kann. Ein weiterer Erdbeben hätte fatale Folgen."

Beschluss:

1. Die vorgeschlagene Parzellierung beinhaltet einen möglichen Verbindungsweg zwischen dem angesprochenen Grundstück und dem Wendehammer. Ein entsprechendes Wegegrundstück müsste von Interessenten erworben werden.
2. Die Baugrenze wurde aus städtebaulichen Gründen gezogen und wird im angesprochenen Bereich auf 6m Abstand von der Grundstücksgrenze zurückgenommen.
3. Die Notwendigkeit einer Baugrunduntersuchung zum Bauantrag wird in die Hinweise übernommen.

Folgende Träger öffentlicher Belange und Stellen wurden bei der Einholung der Stellungnahmen beteiligt:

Regierungspräsidium Kassel, Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld – Rotenburg, Landrat Hersfeld – Rotenburg, Hessen Mobil, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Fehr Umwelt Hessen GmbH, Deutsche Telekom Bezirksniederlassung Fulda, Gemeinde Hauneck, Gemeinde Friedewald, Gemeinde Schenklengsfeld, Gemeinde Niederaula, Gemeinde Kirchheim, Gemeinde Ludwigsau, Gemeinde Neuenstein, Koordinierungsbüro f. Raumordnung Kassel, Kreisbauernverband Hersfeld, Magistrat Bad Hersfeld - Bauaufsicht, Magistrat Bad Hersfeld – Bauverwaltungsamt, Magistrat Bad Hersfeld - Bürgerdienste, Magistrat Bad Hersfeld - Finanzen, Magistrat Bad Hersfeld - Kultur und Soziales, Magistrat Bad Hersfeld - Technische Dienste, Magistrat Bad Hersfeld - Sicherheit, Ordnung und Verkehr, Mainova AG, Naturschutzbund Deutschland LV Hessen e.V., DB Services Immobilien GmbH NL Frankfurt, Nordhess. Verkehrsverbund, Stadtwerke Bad Hersfeld GmbH, Wehrbereichsverwaltung IV, Eon Netz.

Die im Folgenden nicht genannten Stellen brachten in ihrer Stellungnahme keine abzuwägenden Einwendungen vor. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die abzuwägende Anregungen vorgebracht haben, werden wie folgt behandelt:

1. Regierungspräsidium Kassel, Wasserwirtschaft (09.03.2020)

„Der Geltungsbereich des o. a. Bebauungsplans liegt innerhalb des mit "Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Bad Hersfeld" amtlich festgesetzten Wasserschutzgebietes, Zone III. Die v. g. Verordnung vom 16.05.1972 (WSG-ID-632-026), veröffentlicht im St. Anz. 26/72, S.1142, dient u. a. dem Schutz der Tiefbrunnen 1 - 3 Geistal der Stadt Bad Hersfeld und ist zu beachten. Derzeitiger Betreiber der Wassergewinnungsanlagen sind die Stadtwerke Bad Hersfeld. Die o. a. Verordnung enthält für die Schutzzone III keine Verbotstatbestände, die einen grundsätzlichen Verzicht zur Zulassung von Wohnbebauungen zur Folge haben könnten. Ich bitte daher, die o. a. konkreten Wasserschutzgebietsdaten textlich zu ergänzen. Ich bitte darüber hinaus, auf die Möglichkeit einer Einsichtnahme in die Wasserschutzgebietsverordnung, die u. a. bei dem o. a. Wasserwerksbetrieb und beim Regierungspräsidium Kassel, Abt. III - Umwelt -, Dez. 31.2, zur Verfügung steht, hinzuweisen. Ebenso empfehle ich, den Hinweis zu erweitern, dass die Zonenabgrenzung des v. g. Trinkwasserschutzgebietes auch im Internet (HLNUG/Hydrogeologie/Fachanwendung Grund- und Trinkwasserschutz Hessen) durch weitere Menüfenster für die Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Ich bitte, in den textlichen Festsetzungen den Hinweis zu geben, dass zur Beurteilung von Bauvorhaben und sonstigen Maßnahmen, die sich auf Belange des allgemeinen Grundwasserschutzes (i. S. d. § 5 Wasserhaushaltsgesetz) beziehen, zuständigkeitshalber die untere Wasserbehörde beim Kreisausschuss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg zu beteiligen ist. Der Geltungsbereich befindet sich zudem in dem nach Novellierung festzusetzenden voraussichtlichen Heilquellenschutzgebiet „Lullusbrunne'n" und „Vitalisbrunnen", und zwar innerhalb der geplanten quantitativen Schutzzone B (äußere Zone). Aufgrund der Verbotsempfehlungen aus dem meiner Behörde bereits vorliegenden hydrogeologischen Gutachten empfehle ich, in den textlichen Festsetzungen als Hinweis zu ergänzen, dass in der zukünftigen Heilquellenschutzgebietsverordnung, insbesondere in der geplanten Schutzzone B, voraussichtlich eine generelle maximale Tiefenbegrenzung von Eingriffen in den Untergrund von mehr als 10 m (sowohl Bohrungen als auch Erdaufschlüsse, Baugruben, etc. betreffend) als Verbot mit zugrunde gelegt wird.“

Beschluss:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen bzw. übernommen.

2. Regierungspräsidium Kassel, Abwasser (09.03.2020)

"Bei der anstehenden Planung ist sicherzustellen, dass anfallende Abwässer an die abwassertechnischen Leitungen des Abwasserbetriebes Bad Hersfeld angeschlossen werden, um in der Kläranlage Bad Hersfeld behandelt zu werden. Niederschlagswasser, z. B. von Dachflächen, soll gemäß § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes ortsnahe versickert, verrieselt oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer einzuleiten. Daher sollten neu zu errichtende Gebäude, wenn möglich, im Trennsystem erschlossen werden. Bei einer Direkteinleitung in ein Gewässer oder einer Versickerung ist eine wasserrechtliche Erlaubnis in Dezernat 31.4 zu beantragen. Das Entwässerungskonzept ist mit dem Abwasserbetrieb Bad Hersfeld abzustimmen. Bei der Fortschreibung der Schmutzfrachtberechnung muss die neue Fläche mit ihrer neuen Nutzung berücksichtigt werden. Insbesondere muss die Fläche bei Planungen zur Änderung von Drosselabflüssen im Entwässerungsgebiet miteinberechnet werden."

Beschluss:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen bzw. übernommen.

3. Regierungspräsidium Kassel, Immissionsschutz (09.03.2020)

"Gegen die o. g. Planung bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweis: Bei der Ausweisung der Bauflächen ist ein ausreichender Schutzabstand zwischen der nördlich des Plangebietes verlaufenden Stromtrasse und der geplanten schutzwürdigen Wohnbebauung einzuhalten. Vorgaben seitens der einzuhaltenden elektromagnetischen Felder hierbei gibt die 26. Bundes-Immissionsschutzverordnung (26. BImSchV) vom 14.08.2013 als Verwaltungsvorschrift des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)"

Beschluss:

Die Baugrenze wird im Abstand von ca. 25 m von der Mittelachse der Stromtrasse festgesetzt, um einen ausreichenden Abstand zu wahren.

4. Regierungspräsidium Kassel, ONB (11.03.2020)

„der Geltungsbereich des Bebauungsplans-Vorentwurfs ist aktuell von einem großen Grünlandschlag in nach Süden geneigten Hanglage, nordwestlich der Ortslage Bad Hersfeld am Stadtrand geprägt. Im Nordwesten und Westen befindet sich entlang der Flurstücksgrenze ein Feldgehölz bzw. eine Feldhecke. Die Fläche ist zudem am südlichen und südwestlichen Rand von extensiven Säumen geprägt. Mit der vorgelegten Planung soll die Entwicklung eines Wohngebietes am Stadtrand ermöglicht werden. Die betroffene Grünlandfläche wurde seit 2015 über das HALM-Programm des Landes Hessen aus einer Ackerfläche entwickelt. Im Zuge der in der Regel fünfjährigen HALM-Förderung wurde auf ca. 1,5 ha, ein extensives Grünland ausgebildet. Aus dem bestehenden Grünland- und Gehölzbiotopen des Geltungsbereichs ergeben sich Fragen hinsichtlich Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Arten, die in den vorliegenden Unterlagen derzeit nicht behandelt werden. So lassen sich Vorkommen verschiedener Schmetterlings- und Falterarten auf dem Grünland, sowie von Reptilien in den randlichen Säumen nicht ausschließen. Auch Vorkommen von Offenlandvogelarten wie z.B. Feldlerche o.a. sind nicht völlig ausschließbar. Die Gehölze im Westen und Nordwesten des Geltungsbereiches sind als Lebensraum oder Fortpflanzungsstätte für in Gebüsch brütende Vogelarten wie die Goldammer oder dem Neuentöter u.a. geeignet. Ein Vorkommen der angesprochenen Arten sollte im Zuge des weiteren Verfahrens mit der Unteren Naturschutzbehörde geklärt werden, um mögliche artenschutzrechtliche Restriktionen zu vermeiden. Aus Gründen der Einbindung der geplanten Wohnbauflächen in den vorhandenen Landschaftsraum und der Vermeidung, sollten die bestehenden Gehölze/Feldgehölz im Nordwesten und Westen des Geltungsbereichs erhalten bleiben.“

Beschluss:

Die Festsetzungen des Bebauungsplans wurden aufgrund in vorangegangenen Beteiligungsverfahren vorgenommener Abstimmungen entwickelt. Im hier behandelten Entwurf sind die angesprochenen Gehölze bereits als zu erhalten festgesetzt.

5. Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Bodenschutz (18.02.2020)

Wasser- und Heilquellenschutzgebiete: Entgegen den Ausführungen in den textlichen Begründungen zum Bebauungsplan (Ziff. 4.2.2 Wasser) befindet sich das Planungsgebiet sehr wohl innerhalb von Trinkwasserschutzgebieten (TB Geistal 1-3 und TB Geistal 41 9-16) und

einem noch festzusetzenden Heilquellenschutzgebiet. Insofern sind die entsprechenden Schutzgebietsverordnungen in den jeweilig gültigen Fassungen zu beachten.

Beschluss:

Die Begründung wird korrigiert bzw. ergänzt.

6. Landkreis Hersfeld-Rotenburg, FD Ländlicher Raum, Naturschutz (12.03.2020)

„Der zur Bebauung vorgesehene Bereich liegt am Westrand des Stadtteiles Kalkobes, an einem stark nach Süden geneigten Hang. Im Nordwesten und Westen befindet sich entlang des Feldweges eine Feldhecke bzw. ein Feldgehölz. Auf dem Hang ist ein extensiv genutztes Grünland, seit 2015 wurde die Bewirtschaftung über das HALM-Programm gefördert. Aufgrund der Nutzung der Fläche, seiner Exposition sowie der bestehenden Gehölztypen ist mit dem Vorkommen von artenschutzrechtlich relevanten Arten zu rechnen, die in den eingereichten Unterlagen nicht behandelt wurden, wie verschiedene Schmetterlingsarten, Heuschrecken sowie Reptilien in den randlichen Säumen. Auch das Vorkommen von Vogelarten, sowohl Offenland als auch Gebüsch bewohnende, sind nicht auszuschließen. Um nicht in Konflikt mit dem Artenschutz zu gelangen, sind hier noch entsprechende Untersuchungen durchzuführen und hieraus erforderliche Maßnahmen abzuleiten.“

Beschluss:

Die Festsetzungen des Bebauungsplans wurden aufgrund in vorangegangenen Beteiligungsverfahren vorgenommener Abstimmungen entwickelt. Im hier behandelten Entwurf sind die angesprochenen Gehölze bereits als zu erhalten festgesetzt.

7. Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Brandschutz (12.03.2020)

"gegen die geplante Baumaßnahme bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken, sofern die nachfolgenden Auflagen erfüllt werden: Die Zufahrten zum Grundstück und alle für den Einsatz der Feuerwehr erforderlichen Verkehrs- und Aufstellflächen auf dem Grundstück sind so zu befestigen und herzurichten, dass sie von Fahrzeugen mit einer Achslast bis zu 10t und einem zulässigen Gesamtgewicht bis zu 16t. befahren werden können (vgl. hierzu auch § 4 Abs. 1 Nr. 2 HBO, § 5 HBO und § 17 HBO; Musterrichtlinie über Flächen für die Feuerwehr 7/98). Fahrzeuge, Geräte sowie Materialien dürfen auf ihnen nicht abgestellt bzw. gelagert werden. Am Grundstück muss, zur Aufnahme wirksamer Löscharbeiten, gemäß § 13 HBO jederzeit eine ausreichende Wassermenge zur Verfügung stehen. Als ausreichend ist gemäß Arbeitsblatt W 405 eine Wasserlieferung von 800 l/min anzusehen, die für eine Zeitspanne von mindestens 2 Stunden (= 96 m³ Gesamtmenge) bereitstehen muss."

Beschluss:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen bzw. übernommen.

8. Polizei (17.02.2020)

"Die als öffentliche Verkehrsfläche dargestellte Fläche wird mit einer Gesamtbreite von 7,0 m ausgewiesen, ohne dass in den Plänen näher auf Gehweg und Fahrbahnbreiten eingegangen wird. Ich weise auf die in der RASSt 06 angegebenen Mindestbreiten hin."

Beschluss:

Der Hinweis wird bei der Straßenplanung beachtet.

9. Telekom (14.02.2020)

Zur Versorgung des neuen Baugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien im Plangebiet und ggf. auch außerhalb des Plangebietes erforderlich.

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter der in der Signatur genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.

Insbesondere bitten wir den Erschließungsträger vor Ausschreibung der Erschließungsmaßnahmen erneut auf uns zuzukommen.

Im Falle einer privaten Erschließung wäre zur Versorgung des Planbereiches zudem noch eine Erschließungsvereinbarung zwischen dem Erschließungsträger und unserem Unternehmen abzuschließen.

Wir erlauben uns in diesem Zusammenhang auch den Hinweis auf Telekommunikationsgesetz §77i Abs. 7 (TKG), i. V. m. „Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze“ (DigiNetzG), wonach im Rahmen der Erschließung von Neubaugebieten durch den Erschließungsträger stets sicherzustellen ist, dass geeignete passive Netzinfrastrukturen, ausgestattet mit Glasfaserkabeln, bedarfsgerecht mitverlegt werden.

Wir bitten folgende fachliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen: In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,3 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden

Beschluss:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen bzw. übernommen.

Aufgestellt 07.08.2020, Wienröder Stadt Land Regional